Nr. 255 XXVI. Jahrgang

Mittwoch, 18. September 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Offert- oder Auskunfts-... 10%, Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresabschlüssen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 30% Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Außer Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Im Dresdner Bestellbezirk monatlich M 1.20, vierteljährlich M 3.60 frei Haus, durch unsere weiteren Ausgabestellen monatlich M 1.30, vierteljährlich M 3.90 frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.30, vierteljährl. M 3.90
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 1.45, „ „ 4.35
In Österreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.15, vierteljährl. Kr. 6.45
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 2.32, „ „ 6.96
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Erfolgreiche deutsche Gegenstöße zwischen Ailette und Aisne

Das Ausland und die Wiener Friedensnote — Fortsetzung der Fraktionsberatungen im Reichstag — Wieder 7000 Tonnen versenkt — Vereinigung Bosniens und der Herzegowina mit Kroatien

Hollands neue Regierung

Von unserm ∇-Mitarbeiter

Haag, Mitte September

Nach dreiwöchigen Verhandlungen und geheimen Parteimännerbesprechungen ist unter der Beeinflussung des katholischen Deputierten Nolens und des protestantischen Deputierten Colijn ein Ministerium zustande gekommen, das, dem Scheine nach, eine Art Vergleich zwischen der rechten (protestantischen) und der linken (katholischen) Partei versinnbildlichen soll, doch in Wirklichkeit nichts weiter ist, als ein den „Kriegsnotwendigkeiten" untergeordnetes Zusammenwirken einiger gutwilliger Persönlichkeiten, die nicht im geringsten geneigt sind, aus ihrem Entgegenkommen auf Versöhnungsideen schließen zu lassen. Die Kluft zwischen der Rechten und der Linken bleibt bestehen. Sie ist nicht einmal verdeckt worden, um die Zusammenstellung des Kabinettes zu ermöglichen. Ein Mindestprogramm, dem nicht die zarteste parteipolitische Farbe anhaftet, soll — solange noch der Krieg dauert — zur Durchführung gelangen. Und ob dieses Minimum für das innerlich etwas schwache Kabinett erreichbar ist, steht noch sehr in Frage. Ein Teil der Presse bezweifelt die Möglichkeit, daß das Programm — Steuerreform, Lebensmittelverteilung, Teildemobilisierung — unter dem neugebildeten Kabinett zustande kommen werde.

Drei Wochen lang bemühte sich der Prälat Nolens, einen Vertrauensmann an die Spitze einer Regierung zu bringen, die er selbst nicht übernehmen wollte. Die ganze parlamentarische und diplomatische Welt Hollands wurde in Bewegung gesetzt. Selbst an den holländischen Gesandten in Peking gingen Depeschen ab, die man mit der Krisis in Zusammenhang bringt. Trotz der ansehnlichen Zahl gelanciert „ministerieller" Persönlichkeiten verringerte sich der Kreis derjenigen, die in Betracht kommen konnten, sehr schnell; denn die Parteipolitik fegt einen Mann nach dem andern von der Arena der Berufenen hinweg. Schließlich kam zwischen dem Exminister Colijn und dem Monseigneur Nolens eine Art Pakt zustande. Da keiner die Leitung des Ministeriums übernehmen wollte, wälzte Colijn in die Berufung des Maastrichter „Statthalters" (Kommissaris der Königin) Jonkheer Ruys de Beerenbrouck ein, der als Katholik und Vormann einer christlich-sozialen Bewegung in Holländisch-Limburg zu Ansehen gelangt ist, außerdem zu den katholischen Kreisen des Rheinlandes enge Beziehungen unterhält. Der „Mann des Priesters Nolens" ist aber ein Neuling als Minister. Es wurden ihm deshalb Routiniers beigegeben: der Tüchtigste unter ihnen ist jedenfalls Reemskerk, früherer Kabinettschef und Vertrauensmann der Rechten. Der Animus Kuypers, Kolonienminister Idenburg, soll dafür sorgen, daß die politischen Richtlinien der protestantischen Kammerparteien durch den Vertrauensmann Nolens nicht angetastet werden. Hierfür droht auch keine Gefahr.

Die Hauptfrage ist augenblicklich: Was werden die verstärkten Sozialisten tun? Man wollte ihnen etwas Wind aus den Segeln nehmen und stellte eine teilweise Demobilisierung in Aussicht. Diese Maßnahme, gegen die sich, nach Blätterinformationen, der Generalstabschef Snijders wehrt, soll der äußersten Linken Genugtuung verschaffen und außerdem die Finanzpolitik erleichtern. Ob Troelstra ohne weiteres seinen Segen zu der Neuregelung der militärischen und finanziellen Fragen erteilen wird, ist noch ungewiß. Troelstra drohte vor vier Wochen mit seinem alten Instrumente, der „Petitsche Troelstras". Parteigenossen erklären, daß er in scharfe Opposition treten werde. Schwache Seiten bietet das neue Kabinett hauptsächlich auf dem Gebiete der Finanzpolitik. Die Ausgaben für Armee und Lebensmittelversorgung sind in den letzten Monaten so gewaltig angewachsen, daß sich von allen Seiten Warnerstimmen vernehmbar machen. Durch Entlassung einer beträchtlichen Truppenzahl (die zu entlassenden Jahrgänge sind noch nicht bekannt) soll für die Erhöhung der Nährmittelausgaben gesorgt werden; so rückt die Linderung der Lebensmittelnot eigentlich in den Vordergrund der akuten Fragen. Die Einigung zwischen dem neuernannten Kriegsminister, dem früheren Generalpostdirektor Alting von Geusau, und dem Generalstabschef dürfte Schwierigkeiten bringen; der frühere Kriegsminister Bosboom trat im Vorjahre zurück, als ihm die Entlassung einer Dienstklasse nahegelegt wurde.

Die Gelände Hollands sollen, unmittelbar nach dem Kriege, gemildert werden, vorausgesetzt, daß die Entente in die Kolonien Hollands keinen Einbruch unternimmt. Aus Niederländisch-Ostindien hofft man Kapital schlagen zu können. Die Verstaatlichung einiger Plantagen soll den geprüften Finanzen Besserung bringen. Aus diesem offen eingestandenen Sanierungsplane des holländischen Staatshaushalts ergibt sich die ausgeprägte Neutralitätsgesinnung des neuen Kabinetts. Jonkheer van Karnebeek wurde zwar von ententegesinnten Zeitungen wegen seiner „Deutschgesinntheit" angegriffen, aber die unterrichteten Kreise sind der Ansicht, daß Karnebeek, früherer Delegierter der Haager Friedenskonferenz, nach England hin ebenso gute Beziehungen besitzt wie nach Deutschland. Zudem sind die Spezialkenntnisse Karnebeeks auf dem Gebiete des modernen Seekriegsrechtes gerade in London sehr geschätzt. Die Blätter stimmen der Ernennung Karnebeeks zum Minister für Auswärtiges größtenteils zu. Was sie bemängeln, ist die eingangs erwähnte „Ungleichmäßigkeit" in der Zusammenstellung des Kabinetts. Es sind zuviel Strohmänner darin; die eigentlichen Leiter, Nolens und Colijn, blieben aus Gründen äußerster Vorsicht draußen. Die Hoffnung, daß das Ministerium in die Friedenszeit hinüberleiten werde, ist im allgemeinen sehr gering.

Feindliche Teilangriffe abgewiesen

× Großes Hauptquartier, 17. September. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern rege Erkundungstätigkeit. Südlich von Ypern scheiterten Teilangriffe des Feindes. An der Kanalstellung brachten pommersche Grenadiere von erneuten Vorstößen gegen den Feind bei Sauchy-Cauchy Gefangene zurück. In der Gegend von Havrincourt steigerte sich der Artilleriekampf am frühen Morgen vorübergehend zu großer Stärke; keine Infanterietätigkeit.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Zwischen Ailette und Aisne dauerten die heftigen Angriffe des Feindes fort. Wir nahmen den Ostrand der Höhe östlich von Vauxaillon, auf der der Feind Fuß faßte, wieder. An der von Laffaux nach Osten führenden Straße drückte uns der Feind etwas zurück. Am Nachmittage nach stärkstem Artilleriefeuer erneut vorbrechende Angriffe des Feindes scheiterten an den Gegenstößen der hier kämpfenden hannoverschen, braunschweigischen und oldenburgischen Reserveregimenter. Sie schoben am Abend ihre Linien zum Teil wieder vor. Auch die südlich anschließende brandenburgische 5. Infanteriedivision schlug mehrfach durch Panzerwagen unterstützte Angriffe des Feindes ab. Im Südteile von Bailly dauerten Kleinkämpfe an. In der Champagne wurde ein nächtlicher Vorstoß des Feindes südlich von Ripont abgewiesen.

Heeresgruppe Gallwitz

An den Côtes Lorraine, bei St-Hilaire und westlich von Jonville führten wir erfolgreiche Unternehmungen durch. Teilangriffe des Gegners gegen Haumont und nordöstlich von Thiaucourt wurden abgewiesen. Die Artillerietätigkeit beschränkte sich auf Störungsfeuer.

Wir schossen gestern 44 feindliche Flugzeuge ab. Oberleutnant Loerzer errang seinen 40., Leutnant Rumey seinen 35. und Leutnant Thuy seinen 30. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff

Die Aufnahme der Wiener Note

Der Widerhall, den die Friedensnote in den ersten Besprechungen der englischen Blätter gefunden hat, ist so, wie man ihn nach längst gemachten Erfahrungen erwarten konnte. Die Northcliffe-Presse und die übrigen Organe der Kriegsparteiler sind mehr oder weniger entrüstet, weil der Schritt der Wiener Regierung ihre Propaganda gefährdet, während die gemäßigten Blätter sich nicht von vornherein ablehnend aussprechen. Ein sicheres Bild davon, wie die Regierung sich zu dem österreichischen Vorschlag stellen wird, läßt sich zunächst noch nicht gewinnen, doch ist die lancierte Meldung von der

schroffen Ablehnung Balfours

immerhin sehr bezeichnend:

m. Köln, 17. September. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die „Köln. Ztg." meldet aus Amsterdam: Balfour lehnt den österreichisch-ungarischen Vorschlag ziemlich schroff ab.

Die Meldung läßt freilich die Quelle, aus der diese Information stammt, nicht erkennen. Die „Times" kennen natürlich nur ein Nein. „Es wäre Zeitvergeudung", schreibt das Blatt, „auf die Einzelheiten der Note einzugehen. Die Behauptung, daß die Auffassungen der beiden Parteien sich genähert haben, ist unrichtig, soweit die Alliierten in Betracht kommen. Die Auffassung der Alliierten ist heute noch dieselbe wie damals, als Deutschland Belgien vergewaltigte und Serbien zu Boden schlug." Aehnlich ablehnend schreibt die konservative „Morning Post": „Es kann nur eine Antwort geben: Werfen wir jetzt die Früchte einer vierjährigen Kriegführung fort, dann können wir die Hoffnung auf Sieg für immer beiseite stellen. Dann werden wir die Sache der Kultur verraten haben." Natürlich darf in diesen Blättern auch die bekannte Behauptung nicht fehlen, daß es sich nur um ein deutsches Manöver handle, um Zeit zu gewinnen zur Neuordnung der Truppenaufstellungen. Northcliffes „Daily Mail" erklärt: „Die Aufforderung Oesterreichs an die Alliierten ist wieder eine Form des alten deutschen Tricks. Wir verlangen Wiederherstellung, Rückgabe, Garantien und fest den neuesten deutschen Militaristen auf französischem Gebiet Bestrafung der Missetäter. Wir erinnern den Feind an Wilsons Worte: Ein Vergleich ist unmöglich, keine halbe Entscheidung kann geduldet werden."

„Daily Chronicle", dem man eine Zeitlang Fühlung mit Lloyd George nachsagte, schreibt nach einem Reuterauszug: „Das österreichisch-ungarische Angebot ist die erste direkte Annäherung einer kriegführenden Partei an die andere, die seit Kriegsbeginn stattgefunden hat. Als solche hat es eine besondere Bedeutung. Ehe aber nicht Berlin und Wien wirklich zu einer Aenderung ihres Geistes und ihrer Methode gelangt sind, werden Unterhandlungen fruchtlos verlaufen, und wir rechnen einfach auf die Schläge, die wir ihnen im Felde beibringen können, um sie zur Vernunft zu zwingen. Nach den Worten Wilsons streben wir nach einer neuen internationalen Ordnung auf der Grundlage eines breiten und allgemeinen Prinzips von Recht und Gerechtigkeit."

Im übrigen wählt Reuter die von ihm übermittelten Pressestimmen nach seiner bekannten Methode aus, wobei er bezeichnenderweise die liberalen Organe übergeht. Nach privaten Meldungen drahtet der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" seinem Blatt, daß die österreichische Note nicht viel Hoffnung auf einen baldigen Frieden bedeute. In einem Leitartikel, den das Blatt diesem inspirierten Telegramm seines Londoner Korrespondenten anschließt, teilt der „Manchester Guardian" nicht dessen Ansicht. Das Blatt sagt: „Es wäre nicht das erstemal, daß wir in Friedensfragen verschiedener Ansicht sind" und fährt fort: „Lloyd George und Balfour haben schon versichert, daß die Regierung keine ernsten Friedensvorschläge leichtfertig verwerfen werde. Folglich hoffen wir, diesmal etwas weniger ungereimte Ausdrücke wie „Friedensoffensive" zu hören zu bekommen. Jeder ernste Versuch, der Schlächterei ein Ende zu machen, verdient etwas Besseres als den Spott von Lehnstuhlhelden." Die gleichfalls liberalen „Daily News" sagen: „Die verantwortlichen Männer müssen den Vorschlag, der im Namen Kaiser Carls gemacht worden ist, gründlich überlegen. Leitende Staatsmänner der Entente haben wiederholt erklärt, daß es ein Verbrechen wäre, den Krieg auch nur über einen Tag hinaus zu verlängern, als es notwendig sei, um einen dauernden Frieden zu erreichen. Die zur Zeit zu beantwortende Frage ist, ob der Vorschlag Oesterreichs den Weg zu einem dauernden Frieden bahnt. Eine Ablehnung des österreichischen Vorschlages würde nur die Extremisten stärken. Augenscheinlich ist die englische Regierung im Prinzip ja auch nicht gegen unformelle Besprechungen. Mit einem Wort", schreibt das Blatt, „die Alliierten haben mit ihrer unantastbaren moralischen Sache alles zu gewinnen und nichts zu verlieren."

Bemerkenswert ist noch die Mitteilung Reuters, daß in gut unterrichteten Londoner Kreisen versichert werde, die österreichische Note werde von den Verbandsmächten sorgfältig geprüft werden. Es dürften einige Tage verstreichen, bevor eine Antwort erteilt werden könne. Inzwischen gehe die Annahme dahin, daß von einer Konferenz wenig zu erwarten sei, bevor einzelne bestimmte Punkte vorweg bewilligt seien.

Der amerikanische Kriegstaumel

Der erste Widerhall, den der österreichische Vorschlag in Amerika gefunden hat, zeugt von einem Kriegswahnsinn, der schlechterdings nicht mehr zu übertreffen ist. Nach einer New-Yorker Reutermeldung telegraphiert der Vertreter der Associated Preß in Washington: „Die Ansicht der amtlichen Kreise in Washington von dem österreichisch-ungarischen Vorschlage auf eine Friedensbesprechung ist folgende: Oesterreich-Ungarn ist im Zusammenbrechen, und anstatt die Zeit mit Friedensgeschwätz zu vergeuden, das schlimmer als nutzlos sein würde, ist jetzt die richtige Zeit, es aufs härteste zu treffen. Solange eine förmliche Besprechung des österreichisch-ungarischen Vorschlages nicht möglich ist, da der amtliche Wortlaut noch nicht eingegangen ist, soll doch von befugter Seite festgestellt werden, daß jeder Schritt, der von den Vereinigten Staaten getan werden könnte, im Einverständnis mit den Alliierten geschehen wird. Amtliche Regierungskreise lassen bekannt werden, daß auf die in der Presse erschienene Fassung des österreichisch-ungarischen Angebotes nur eine Antwort möglich sei, und das sei der Schlußsatz aus Wilsons Rede in Baltimore im April: Deshalb ist für uns nur eine Antwort hierauf möglich: Gewalt, Gewalt bis zum äußersten! Gewalt ohne Beschränkung und Begrenzung!" Man muß allerdings noch einmal betonen, daß der Wortlaut der Note noch nicht bekannt war.

Gedankenaustausch der Alliierten?

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

g. Genf, 17. September

Nach Meldungen schweizerischer Blätter aus Mailand erwartet man einen Gedankenaustausch der alliierten Großmächte auf die österreichisch-ungarische Friedensnote. Vor Ende dieser Woche dürfte eine amtliche Stellungnahme Italiens erfolgen.

In Frankreich

Die Agence Havas sieht natürlich in dem Wiener Friedensvorschlag eine Folge der militärischen Erfolge der Alliierten in der letzten Zeit und meint, daß die Friedensoffensive unter den gegenwärtigen Umständen nichts ausrichten werde. In der Kammer sei man der Ansicht, daß die Kriegsziele Frankreichs und seiner Verbündeten hinreichend bekannt seien: nämlich Integrität des Vaterlandes, Befreiung aller unterdrückten Völker, Wiedergutmachung des verursachten Schadens, Dinge, die Wilson bereits proklamiert habe. Frankreich und seine Freunde zweifelten nicht mehr daran, daß ihre siegreichen Armeen ihnen die Verwirklichung ihres unveränderlichen Programms sichern würden. — Ferner wird gemeldet:

g. Genf, 17. September. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Bis jetzt lagen keinerlei Meldungen aus Paris vor über die amtliche Aufnahme der österreichischen Friedensnote in Frankreich. Am letzten Sonntag hat in Paris eine Sitzung des Ausschusses der sozialistischen Kammerpartei stattgefunden, über die Berichte noch nicht vorliegen. Sie soll sich mit der Friedensfrage befaßt haben, jedoch unabhängig von der österreichischen Note, die noch nicht bekannt war.

+ Genf, 17. September. (Priv.-Tel.) Der „Populaire" veröffentlicht einen bemerkenswerten Artikel mit der Ueberschrift „Für den Völkerfrieden". Das Blatt schreibt: „Je mehr sich der Augenblick nähert, wo der Sozialistenkongreß zusammentritt, desto größere Anstrengungen müssen die Sozialistenparteien machen, um das Ende des Krieges zu beschleunigen. Das muß auch für jeden Menschen mit gesundem Menschenverstand und Herzen die dringendste, erhabenste und patriotischste Aufgabe sein." Als die Deutschen siegreich gegen Paris vorrückten, habe der Krieg weitergeführt werden müssen als nationaler Verteidigungskrieg. Aber vom Eroberungskrieg wollte man nichts wissen. Es sei notwendig, so schreibt das Blatt, daß alle diejenigen, die durch den Krieg darben und leiden, erfahren, daß ein Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit schon jetzt zu verwirklichen wäre, wenn die Regierungen begreifen wollten, daß ein militärischer Sieg auf keiner Seite möglich sei, und sie auf ihren annexionistischen Streit verzichten und die Grundlagen eines sozialistischen Friedens annehmen wollten.

Die nichtsozialistischen Blätter verhalten sich dagegen ablehnend. Clemenceaus „Homme libre" meint ironisch, daß die Lage die Mittelmächte gezwungen habe, ihren kriegerischen Instrumenten einen Dämpfer aufzusetzen. Das Blatt besteht darauf, daß die Mittelmächte die Verantwortung für die Schrecken des Krieges tragen, und bezeichnet daher Burians Aussprüche als heuchlerisch. In der „France libre", dem neuen Organ des rechtssozialistischen Flügels, schreibt Compère Morel: „Was wir wollen, ist Wilsons Frieden mit seinen vier Prinzipien und 14 Bedingungen. Sind Czernin, Burian, Karolyi, der Sozialist Ebert und sein erhabener Kaiser mit uns einig? Wenn ja, so laßt uns eine ruhige Auswechslung von Gesichtspunkten zwischen den Regierungen der kriegführenden Staaten beginnen." „Petit Parisien" behauptet, daß man eine vorbehaltlose Anerkennung der Wilsonschen Punkte verlangen wird, bevor die Rede davon sein kann, auf Burians Vorschläge einzugehen. Die „Humanité" erklärt, daß man der alten Geschichte gegenüberstehe: Sobald es den Mittelmächten schlecht gehe, forderten sie Frieden im Namen der Menschheit, aber wenn der Krieg sich zu ihrem Vorteil zu wenden scheine, seien es die Alldeutschen, die das große Wort führten. Gegen diese Darstellung der „Humanité" ließe sich einwenden, daß die Mittelmächte bereits ihr erstes Friedensangebot in einem Augenblick machten, wo sie militärisch überaus glänzend dastanden.

Der Aufruf an die Vernunft

× Bern, 16. September

Daß die österreichisch-ungarische Friedensnote sich auch an die Neutralen wendet und nicht einen eigentlichen Friedensvorschlag bedeutet, sondern lediglich eine unverbindliche unmittelbare Aussprache einleiten soll, wird von der Berner Presse als besonders günstiges Anzeichen bewertet, da nichts anderes bezweckt werde, als Klarheit zu schaffen. Das „Berner Intelligenzblatt" schreibt, die Note des Grafen Burian könne wohl als Aufruf an die Vernunft gelten. Das vorgeschlagene Verfahren unmittelbaren Gedankenaustausches feindlicher wie neutraler Staatsmänner könne, wenn vielleicht auch der erste Versuch scheitern sollte, doch endlich zu einem Ergebnis führen, da Graf Burian die Note auch den Neutralen mitteilte. Dadurch werde ihnen die Möglichkeit gegeben, mitzusprechen und mitzuhandeln. Seit langem hätten ja die Neutralen eine günstige Stunde gesucht, um ihre Stimme erheben zu können.

(Weiteres siehe auf Seite 2)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19180918/1